

Anwohner befürchten neuen Lärm

Bauantrag Betrieb in Hattenhofen will Produktion nach Untersagung in neuer Form wieder aufnehmen.

Hattenhofen. Besorgt sind Anwohner der Friedhofstraße in Hattenhofen über die Wiederaufnahme einer Produktion im benachbarten Gewerbegebiet. Der Bauherr will eine Montagehalle wieder in Betrieb nehmen und sie erweitern. Diesmal mit einer anderen Produktion, aber es sollen wieder Maschinen laufen. Im Mehrschichtbetrieb, auch nachts.

Das hat eine Vorgeschichte, bei der den Anwohnern jetzt noch die Haare zu Berge stehen. In dem Betrieb seien früher schon Maschinen geläuft und hätten Lärm gemacht, bis das Landratsamt den Betrieb untersagte. Seither ist Ruhe, in der Firma wird in anderer Weise weitergearbeitet. Aber jetzt lag dem Gemeinderat ein Baugesuch auf Nutzungsänderung und Erweiterung vor.

Weder die Anwohner noch der Gemeinderat trauen der Sache. Der Bauherr hat ein TÜV-Gutachten vorgelegt, wonach der Lärm im erlaubten Bereich liege – aber was sei das wert? Steffen Berroth zweifelt nicht am Gutachten, aber wie es sich in der Praxis darstelle. Bernd Hack geht davon aus, „dass alles so nicht eingehalten wird“. Die Befürchtung ist: Da steht auch mal das Hallentor offen oder Lärm dringt aus Fenstern. „Keine einfache Geschichte“, weiß Bürgermeister Jochen Reutter. Hauptamtsleiter Norbert Baar hat den Lärm auch noch im Ohr. Der Schulte sagt mal vorsichtig: „Es könnte ja auch sein, dass es funktioniert.“ Wenn nicht, werde es zäh, bis das Landratsamt einschreite.

Zum Bau selber und der Nutzung hat Hattenhofen nichts zu sagen. Aber es gibt einen Grund, warum das Gremium das Einvernehmen versagte. Der Bauherr plant eine Fahrradbox an einer Stelle, wo sie den Verkehr auf dem Firmengelände behindere. Das Zufahren und Rangieren auf dem Gelände sei hier ohnehin schwierig, und damit würde noch ein Engpass geschaffen. *Jürgen Schäfer*

An vielen Ecken soll sich was tun

Gemeinde Dürnau legt Investitionspaket von 1,7 Millionen auf. Schulhausanbau, Gewerbegebietserweiterung, der Verkehrsknoten in der Ortsdurchfahrt. Schultes hofft auf DRK-Seniorenzentrum. Von Jürgen Schäfer

Dürnau geht mit einem strammen Investitions- paket ins neue Jahr. Die Grundschule, das Gewerbegebiet, barrierefreie Bushaltestellen kosten eine Menge Geld. 1,7 Millionen will die Vor- algemeinde in die Hand nehmen. Sie braucht einen Kredit von 680.000 Euro – allerdings nur zur Überbrückung, bis Fördergelder für den Schulhausanbau fließen.

Dass es mit dem Gewerbegebiet im Unteren Ried weitergehen soll, ist schon lange geplant. Zurückgestellt wurde es, als das Interkommunale Gewerbegebiet bei Aichelberg im Fokus stand. Das kam nicht, und so geht Dürnau jetzt an eine Erweiterung, die hauptsächlich den örtlichen Bedarf decken soll.

Bedarf für örtliche Firmen

„Wir haben drei, vier Betriebe, die schon längere Zeit Erweiterungsbedarf haben“, erläutert Bürgermeister Markus Wagner. Jetzt soll der Grunderwerb mit 200.000 Euro für das Untere Ried III vorankommen. Die Erweiterung wird nördlich

„Wir haben einen soliden Haushalt und blicken optimistisch in die Zukunft.“

Markus Wagner
Bürgermeister

der Daimlerstraße entwickelt, wo auch schon Firmengebäude an einer Ecke stehen. An deren Rand, zur alten Bahnhlinie hinunter, wird die Benzstraße neu asphaltiert. Nächstes Jahr sind weitere 250.000 Euro für den Grunderwerb vorgesehen, und dann beginnt auch schon die Erschließung. Für Wasserleitung, Kanal und Straße sind eine halbe Million Euro eingeplant. Das Gewerbegebiet ist in den letzten Jahrzehnten nur punktuell gewachsen. Es war im vorigen Jahrhundert die Antwort auf den Zusammenbruch von Gralglas. Daraus ist eine gute Einnahmequelle für Dürnau geworden.



Blick auf die Kreuzung mit den Bushaltestellen in der Dürnauer Ortsdurchfahrt. Für Radfahrer soll ein Schutzstreifen kommen. Er führt von der unteren Kreuzung bis dorthin, wo der Radfahrer auf dem Bild abbiegt.

Foto: Staufenpress

Auch an einer anderen Ecke von Dürnau soll sich etwas tun. An der Frühlingstraße/Im Morgen plant das DRK ein Pflegeheim und Betreutes Wohnen. Bürgermeister Wagner hofft auf die Entscheidung des Bauherrn im Frühjahr. Dann bekommt Dürnau dieses Jahr Grundstückserlöse in einer Höhe. In zwei Jahren würde die Gemeinde ihren Parkplatz an der Frühlingstraße neu gestalten und beträchtlich erweitern, um 20 neue Plätze an der Seite der jetzigen Schotterparkplätze. Das käme der Schule, dem Kindergarten und Spaziergängern zugute. Es ist auch ein Wanderparkplatz Richtung Albtrauf.

Anbau mit viel Zuschuss

Der Anbau an die Grundschule soll kommen. Dürnau und Gammlshausen, die die Schule gemeinsam unterhalten, wollen mit dem Ausbau von Betreuung und Mensa an der Nordseite loslegen. Der kostet gleich mal 1,3 Millionen. Der Dürnauer Bürgermeister als Verbandsvorsitzender rechnet mit 70 Prozent Zuschuss. Wegen der Vorfinanzierung geht Dürnau

mit 480.000 Euro ins Rennen.

Ein Schwerpunkt ist der Verkehrsknoten an der Ortsdurchfahrt zur Hauptstraße und Frühlingstraße. Ein Kreisel kommt dort nicht, stattdessen eine Mittelinsel. Die dortigen Bushaltestellen werden barrierefrei umgebaut. Die alten ländlichen Buswartehäuschen aus Holz mit Satteldach werden durch schlanke und moderne mit Glasdesign ersetzt. Das soll schon im Frühjahr bis Sommer laufen. Der Gemeinderat hat eben jetzt den Auftrag an die Firma Gansloser aus Reichenbach im Taale vergeben. Deren Angebot war mit 380.000 Euro 30.000 günstiger als erwartet. Gleichzeitig soll ein Radstreifen Einzug in die Ortsdurchfahrt halten. Der führt dann von der unteren Kreuzung bei der Bäckerei Böhringer den Buckel hinauf bis zur oberen Kreuzung, der Einmündung Frühlingstraße. Die Gemeinde hat mal insgesamt 580.000 Euro für die barrierefreien Haltestellen bereitgestellt. Der Schultes erwartet verschiedene Zuschüsse in Höhe von 257.000 Euro.

Das Schloss instandhalten

Das Dürnauer Schloss ist ein Schmuckstück, will aber instand gehalten werden. Das soll in diesem Jahr mit 100.000 Euro geschehen. Dürnau muss auch an ein neues Löschfahrzeug denken. Dafür ist dieses Jahr eine erste Rate von 50.000 Euro geplant. Aktuell braucht die Feuerwehr eine Absturzsicherung für den Einsatz an Böschungen und dergleichen.

Auf dem Feuerwehrhaus will die Gemeinde eine Sirene installieren. Kostenpunkt: 12.000 Euro. Auf diesem Dach liegt schon lange eine Photovoltaikanlage, be-

trieben von der Bürgerenergiegenossenschaft Vorarl-Schurwald. Weitere Solaranlagen sollen auf Dächern der Gemeindegebäude kommen. Dafür sind jetzt 25.000 Euro im Haushalt, und das soll in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

„Wir haben einen soliden Haushalt und blicken optimistisch in die Zukunft“, sagt der Bürgermeister – wohlwissend, dass man ins dritte Jahr der Rezession gehe. Es müssten sich halt die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ändern, dann ginge auch wieder mehr.

Irgendwann geht's an die Rücklagen

Minus Dürnau hat wie das nur ein buchungstechnisches Problem. Irgendwann geht's an die Rücklagen, sagt Bürgermeister Wagner. Die Ertragskraft des Haushaltes ist nicht groß, das ist ein Problem. Dieses Jahr soll's mit 86.000

Euro den höchsten Überschuss der nächsten Jahre geben.

Finanzspritze Andrerseits kommt noch die Finanzspritze vom Bund, die alle Kommunen erhalten. Für Dürnau sind das 1,4 Millionen.

Schule stellt sich vor

Bad Boll. Die Heinrich-Schickhardt-Gemeinschaftsschule in Bad Boll stellt sich Schülern der Klassen 4 und deren Eltern an zwei Informationsnachmittagen vor: am Dienstag, 3. Februar, und am Donnerstag, 26. Februar, jeweils um 14 Uhr. Unter dem Motto: „Lernen für die Zukunft“ präsentiert die Gemeinschaftsschule ihr pädagogisches Konzept, zeigt die Räumlichkeiten und die Ausstattung im laufenden Schulbetrieb. Es gibt natürlich auch Zeit für Gespräche, teilt die Schule mit. Sie gibt den Eltern für die Wahl der Schule mit auf den Weg: „Bleiben Sie gelassen!“

Hohenstadt geht am 12. April zur Wahl

Politik Bislang gibt es weder Kandidat noch Kandidatin. Kann das Amt im Ehrenamt ausgeführt werden?

Hohenstadt. Wer wird künftig im Chefessel des Hohenstadter Rathauses Platz nehmen? Zwar hat die Gemeinde jetzt einen Termin zur Wahl eines neuen Bürgermeisters auf den 12. April festgesetzt, doch ein Nachfolger für den seit einem Jahr erkrankten Bürgermeister Frank Fink wird noch gesucht.

Mitte Dezember hatte die Gemeindeverwaltung darüber informiert, dass Frank Fink zum 31. Dezember 2025 in den Ruhestand versetzt wird. Fink war im August 2024 gewählt worden, trat seine Stelle am 1. November an,

doch schon kurze Zeit später erkrankte er.

Eine Stellenausschreibung für das Amt eines hauptamtlichen Bürgermeisters oder einer hauptamtlichen Bürgermeisterin wird laut Armin Ramminger, der seit einem Jahr als Stellvertreter im Einsatz ist, am 30. Januar erfolgen. Armin Ramminger äußerte sich bislang nicht, ob er eventuell auch selbst weitermachen will.

Bewerbungen können fröhstens am Tag nach der Stellenausschreibung und bis spätestens Montag, 16. März, schriftlich beim Vorsitzenden des Gemeindewahl-



FOTO: BRIGITTE SCHEIFFEL

ausschusses, Armin Ramminger, im Bürgermeisteramt, Schulstraße 9 in 73345 Hohenstadt eingereicht werden. Wie Ramminger in der jüngsten Sitzung des Gemeinderates bemerkte, wurden die Termine mit dem Kommunalamt abgestimmt.

Gemeinderat Uwe Gauss lobte nicht nur den „turbomäßig guten“ Einsatz von Ramminger als Stellvertreter, sondern fragte bezüglich der neuen Stelle eines Bürgermeisters: „Sollen wir das Geld überhaupt nochmal ausgeben oder ist diese auch per Ehrenamt zu besetzen?“ Laut Ram-

minger lässt die bisherige Hauptsatzung eine ehrenamtliche Besetzung nicht zu. Nach Auskunft des Kommunalamtes muss dieses durch einen hauptamtlich Beschäftigten ausgefüllt werden.

Auf Antrag von Gauss und Gemeinderat Sebastian Müller soll sich das Gremium nochmal mit der Satzung beschäftigen, um möglicherweise flexibler zu sein. Denn, wie Ramminger bemerkte: „Einen 100-Prozent-Ehrenamtlichen findet man ja wohl nicht. Eine flexiblere Gestaltung wäre aber auch meine Überlegung.“ Brigitte Scheiffele

Halbseitige Sperrung der L 1152

Baierneck. Ab 4. Februar untersucht das Regierungspräsidium Stuttgart im Vorfeld der Sanierung die Baugrundverhältnisse an der L 1152 im Bereich des Ortsausgangs Nassach in Richtung Baierneck. Während der etwa dreitägigen Arbeiten wird der Verkehr auf einer Länge von etwa 50 Metern über eine mobile Ampelanlage geregelt. Das Regierungspräsidium Stuttgart (RPS) führt ab Mittwoch, 4. Februar, voraussichtlich bis einschließlich Freitag, 6. Februar, Baugrunduntersuchungen an der L 1152 im Bereich des Ortsausgangs Nassach in Richtung Baierneck durch. Durch

die Erkundungsarbeiten sollen die Baugrundverhältnisse tiefgründig aufgezeigt werden. Diese bilden die Grundlage für die weitere Planung des Straßenabschnitts, der saniert werden soll. Die L 1152 wird voraussichtlich für eine halbe Woche auf einer Länge von etwa 50 Metern einseitig gesperrt. Der Verkehr wird über eine mobile Ampelanlage geregelt.

Aktuelle Informationen über Straßenbaustellen im Land kann man auf der Internetseite der Straßenverkehrszentrale des Landes Baden-Württemberg unter www.verkehrsinfo-bw.de abrufen.



Den Hohenstaufen im Blick

Erhaben und irgendwie auch beruhigend wirkt er: der Hohenstaufen, aufgenommen von der Schopflocher Alb aus beim Aussichtspunkt Oberreute Kreuz. Luftlinie sind es zirka 25 Kilometer aus südwestlicher Richtung.

Foto: Herbert Pulvermüller

Altersarmut stoppen

Bad Boll/Stuttgart. In der Reihe „Perspektiven zur Landtagswahl“ bieten die Evangelische Akademie Bad Boll und das Bündnis gegen Altersarmut einen offenen Dialog über notwendige politische Weichenstellungen. In kurzen Impulsstatements geben Sprecherinnen und Sprecher des Bündnisses einen Überblick über die zentralen Handlungsfelder wie Gesundheit und Armut, Pflege in der Krise, Prävention – Wege zur Vermeidung von Armut sowie bezahlbares Wohnen und soziale Infrastruktur. In der anschließenden Diskussion sprechen Teilnehmer, Fachvertreter

tungen und politische Entscheidungsträger darüber, was Baden-Württemberg benötigt, um Altersarmut zu stoppen.

An der Diskussion beteiligen sich die Landtagsabgeordneten Andreas Kenner (SPD), Oliver Hildenbrand (Bündnis 90/Die Grünen), Rudi Fischer (FDP), Hanna Binder von ver.di sowie die Landtagskandidatinnen Amelie Vollmer und Kim Sophie Bohnen (Die Linke). Die Tagung findet an diesem Freitag in Stuttgart in der Diakonie Württemberg, Presselstraße 29, statt. Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldung auf der Homepage der Akademie.